

Im Machtdreieck von Partei, CDU/CSU-Fraktion und Regierung

Von Klaus W. Lippold

Wenn ich kurz resümiere, hatten wir in den 70er Jahren eine Situation, in der der Umweltschutz sehr plakativ in den Vordergrund gestellt worden ist. Auf der einen Seite erschien Dennis Meadows, „Die Grenzen des Wachstums“¹, also die Frage, inwieweit diese Erde für ein weiteres kräftiges Wachstum überhaupt tragfähig bleibt, inwieweit das Wachstum mit Nachhaltigkeit – dieser Begriff war damals noch nicht geläufig – zu vereinbaren ist, verbunden auch mit einem Akzent von Wachstums pessimismus. Die Diskussion reichte auch in die damalige Fraktion hinein. Ich erinnere an Herbert Gruhl, der Mitglied der Unionsfraktion war.² Ich habe mich immer gefragt – ich bin ja erst wesentlich später dazugekommen –, warum wir es nicht geschafft haben, die Spannweite in der Union so weit zu halten, dass auch Gruhl seinen Platz in der CDU hätte finden können. Später fragte ich Philipp Jenninger, der als Parlamentarischer Geschäftsführer in den 70er Jahren die verschiedenen Strömungen in der Fraktion hätte integrieren müssen, und er hat geantwortet: Das war keine Antihaltung gegenüber Umweltschutzfragen, auch keine Antihaltung gegenüber einer Entwicklung, die wir auch gesehen haben, die wir aufnehmen und an der wir arbeiten mussten, aber als der Kollege Gruhl definitiv gefordert hat, die Unionsfraktion möge die Waschmaschinen in der Bundesrepublik Deutschland verbieten, da sei Schluss der Fahnenstange gewesen.

Man sieht, die Positionen gingen damals in einer anderen Weise auseinander, als es heute der Fall ist. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass das Buch von Gruhl „Ein Planet wird geplündert“³ damals sehr zum Nachdenken angeregt hat, lesenswert war, lesenswert ist und in die gleiche Reihe gehört wie Dennis Meadows’ Veröffentlichung.

Wir hatten damals eine Situation, die den Umweltschutzgedanken in weiterer Form sehr klar in den Vordergrund gerückt hat, nämlich das Waldsterben, das in einer beispiellosen Art und Weise in der Bundesrepublik emotional den Umweltschutzgedanken aufgearbeitet hat. Es war mit einer der Gründe, dass die Grünen, die das geschickt aufgegriffen hatten, es als Vehikel nutzen konnten, um in den Bundestag zu gelangen. Es war eine Zeit, in der die Bilder der

1 Dennis MEADOWS, *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart 1972 (Orig.: *The limits to growth*).

2 Herbert Gruhl, MdB 1969–1980, 1978 aus der CDU ausgetreten; Lippold ist MdB seit 1983.

3 Herbert GRUHL, *Ein Planet wird geplündert. Schreckensbilanz unserer Politik*, Frankfurt/M., 1975.

sterbenden Wälder die Bundestagsfraktion natürlich nachhaltig beeindruckt haben. Das war auch ein Punkt für uns zu sagen, dass wir diese Herausforderung annehmen. Die damalige Bundesregierung hat mitgemacht. Wir haben dann das Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ aufgelegt, noch im Wesentlichen gekennzeichnet von ordnungsrechtlichen Ansätzen.⁴ Ich komme später darauf zurück, dass wir die Ansätze dann verändert haben, zu flexiblen, zu marktwirtschaftlichen Instrumenten, aber noch sehr stark geprägt vom Ordnungsrecht. Wir haben auch den Waldschadensbericht beschlossen, aus dem wir dann später den Waldzustandsbericht gemacht haben.⁵ Aber das, was wir in Angriff genommen haben, hat nach meinem Dafürhalten zentral dazu beigetragen, Probleme an der Wurzel zu packen, nicht an Symptomen zu kurieren, und das war der eigentliche Erfolg. In wenigen Jahren setzten wir die Großfeuerungsanlagenverordnung, die Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes, die Einführung des schadstoffarmen Autos und des bleifreien Benzins durch.⁶

Der Beschluss all dieser Gesetze und Verordnungen war eine ganz erhebliche Kraftanstrengung, die freilich in eine Zeit fiel, als wir uns das wirtschaftlich leisten konnten. In späteren Zeiten ist deutlich geworden, dass Umweltschutzpolitik, wenn sie nicht diese wirtschaftliche Rückendeckung hat, schwieriger zu verwirklichen ist.

Bei der Großfeuerungsanlagen-Verordnung ist deutlich geworden, dass wir mit dieser Maßnahme eine Vorreiterrolle in Europa übernommen haben. Wir regelten innerhalb kürzester Zeit Dinge, die, wenn ich zum Vergleich Großbritannien heranziehe, bis weit in das Jahr 2000 und folgende hineinreichen. Wir haben die Schwefeldioxyd-Emission in einem drastischen Umfang reduziert und damit einen hervorragenden Beitrag geleistet zur Gesundung der Wälder, aber nicht nur zur Gesundung der Wälder, sondern auch für die menschliche Gesundheit.

Damals bestand auf diesem Feld eine enge Zusammenarbeit zwischen der Fraktion auf der einen und der Bundesregierung auf der anderen Seite. Und ich meine, dass man dem damaligen Innenminister Fritz Zimmermann durchaus Dank schuldet für das, was er hier auf den Weg gebracht hat. Wir haben lange Diskussionen gehabt, ob es sinnvoll ist, Innenministerien mit Umweltschutzaufgaben zu verbinden oder ob es sinnvoller ist, ein eigenes Umweltschutzministerium zu errichten. Ich will den Gedanken nicht vertiefen, alles

4 Minderung der Luftschadstoffe: 1983 Großfeuerungsanlagen-Verordnung; ab 1985 Einführung des geregelten Katalysators, 1986 Technische Anleitung Luft.

5 Bundeswaldgesetz vom 27. Juli 1984; BGBl I 1984, Nr. 34; Waldschadensbericht ab 1986; Waldzustandsbericht ab 1994.

6 1990 umfassende Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG); 1994 Verschärfung der Abgasgrenzwerte bei Pkw, 1997 emissionsbezogene Kfz-Steuer, als Anreiz zum Kauf schadstoffarmer Autos.

ist längst abgeschlossen, und heute ohne Umweltministerium zu leben, wäre gar nicht mehr denkbar. Aber seinerzeit war es nicht falsch, dass die Stärke des Innenministeriums den Initiativen eine Stoßkraft gegeben hat, die sie ansonsten nicht gehabt hätten.

Wir haben damals die zweite Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes mit der Sanierung der Altanlagen beschlossen und dafür gesorgt, dass die Anforderungen dynamisiert wurden. Das war ebenso ein wichtiger und erfolgreicher Schritt. Er hat uns erspart, später in ständige Grenzwertdiskussionen einzutreten, und gleichzeitig ermöglicht, Umweltschutz dynamisch zu gestalten und diese dynamische Gestaltung zum Erfolg zu führen.

Meiner Meinung nach war auch der Aspekt, über eine Kompensationsregelung nachzudenken, ausgesprochen positiv. Das war einer der ersten Akzente, wo wir neben reinem Atmungsrecht gleichzeitig geprüft haben, wie man wirtschaftliche Aspekte zur Beschleunigung von Erfolgen im Umweltschutz einsetzen kann.

Wir hatten in der damaligen Zeit eine zentrale Diskussion um die Frage: Wie reduziere ich die Schadstoffemission bei den Autos, nehme ich ein festes Instrument, den Katalysator, oder gebe ich einen Zielwert vor. Das ist seinerzeit etwas falsch interpretiert worden, weil zu diesem Zeitpunkt der Zielwert, den wir erreichen wollten, nur mit Katalysator erreichbar war. Er wäre auch mit Änderungen am Motor selbst erreichbar gewesen, wäre dann aber in Grenzbereichen geblieben, und das hätte bedeutet, dass es gelegentlich Überschreitungen der Grenzwerte gegeben hätte. Selbst die Automobilindustrie wollte dies nicht.

In der Diskussion mit der Hauptgeschäftsführung der Automobilindustrie, die der damalige Staatsminister Sprung und ich geführt haben, mussten wir deutlich machen, dass wir nicht den Ruin der Automobilindustrie wollten, sondern dass es darum ging, ein sinnvolles Instrument zu finden, das schlussendlich auch Akzeptanz schaffen würde für den motorisierten Verkehr.

Wir haben versucht zu verdeutlichen, dass, wer für Mobilität ist, gleichzeitig auch dafür sorgen muss, den Menschen die Sorge zu nehmen, zunehmende Mobilität führe über Schadstoffemissionen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Wir haben das in einer akzeptablen Form erreicht. Ich erinnere mich noch – die Diskussionen sind ja heute teilweise ähnlich –, wie wir in der Fraktion darüber sprachen, ob die Dinge richtig dargestellt werden. Für die Automobilindustrie ging es damals um eine Größenordnung von gut 6.000 DM pro Katalysator nach ihren Angaben. Wir haben das bezweifelt, für überhöht und lediglich für eine Form von Abwehrstrategie gehalten, die wir so nicht akzeptierten. Die Realität hat hinterher bewiesen, dass der Katalysator wesentlich preiswerter einzusetzen war. Er wurde ein absolutes Erfolgsinstrument, eine der positivsten Umweltschutzmaßnahmen überhaupt.

Wir haben aber auch im Verlauf dieser Diskussionen den Versuchungen widerstanden, statt an der Ursache an den Symptomen zu kurieren. Es gab ja damals auch in Teilen der Union eine gewisse Sympathie für die Sommermogverordnung.⁷ Wir diskutierten sehr intensiv darüber, ob wir z.B. mit Fahrverboten oder mit Tempolimits etwas erreichen konnten. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es besser ist – siehe das Beispiel Katalysatorregelung –, hier Positionen zu schaffen, die an der Quelle die Emissionen reduzieren, statt über Symbolmaßnahmen etwas anzustreben, was letztendlich keine Verbesserung bringt. Abgesehen davon, dass bei der Ozonverordnung wegen des Sommersmogs die Frage gewesen wäre, wie wir die Gebietsabgrenzung machen. Ich erinnere mich noch, wie ein bayerischer Umweltminister nicht damit zufrieden war, dass man Bundesländer als Größenordnung nimmt, sondern innerhalb des Bundeslandes Bayern auch noch die verschiedenen bayerischen Bezirke als Grenzbereiche abgegrenzt haben wollte. Dass das in der Praxis nicht umzusetzen gewesen wäre, insbesondere wenn an einem schönen Feriensommertag Millionen von deutschen Urlaubern aus dem nördlichen Italien zurückgekommen wären, müssen wir nicht vertiefen. Deutlich ist jedoch, dass der Weg, nicht über Symbolpolitik zu gehen, nicht über Fahrverbote, nicht über Sommermogverordnungen, ein durchaus richtiger Weg gewesen ist und wir dadurch ein ganz entscheidendes Stück weitergekommen sind.

Sicherlich könnten wir heute in der Diskussion über den Feinstaub die gleiche Situation haben. Ich glaube nicht, dass wir durch den Filter bei den Autos einen entscheidenden Beitrag leisten, aber was die deutsche Automobilindustrie in dieser Frage an Ruf verspielt hat, ist schon ganz erheblich, und das zeigt auch, dass es im Grunde keine Weiterentwicklung im Denken gegeben hat, was ich ausgesprochen bedauere. Wenn ich im Vergleich dazu sehe, welche Entwicklung die chemische Industrie von Anfang der 80er Jahre bis heute genommen hat, die sicherlich auch Interessenvertretung betreibt, dann macht das gleichzeitig deutlich, dass hier ein ganz anderer Ansatz gefahren wurde.

1986 kam die Tschernobyl-Diskussion mit der Forderung der Grünen nach dem Ausstieg aus der Kernenergie. Wir haben dagegen argumentiert, dass wir die Sicherheitsstandards hochhalten wollen, sie verschärft werden – was wir gemacht haben –, aber dass wir von der Verantwortbarkeit unserer Kraftwerke überzeugt sind und deshalb dazu stehen, Kernkraft zu nutzen, Kernkraft im Energiemix zu behalten mit sehr strengen Auflagen. Wir hatten damals bestimmte Grenzwertfestlegungen, die im Grunde genommen etwas überzogen waren und – wie wir hinterher festgestellt haben – so nicht notwendig waren. Dennoch kamen wir zum Ergebnis, wenn man einen solchen Grenzwert fest-

7 Ozon-Verordnung vom 18. Juli 1991; BGBl I 1991, Nr. 45, S. 1587.

gelegt hat, muss man sich auch daran halten und die Überschreitung notfalls sanktionieren. Denn zu sagen, dieser Grenzwert ist falsch festgelegt, ist wiederum nicht darstellbar.

Als Fraktion und Bundesregierung sind wir m. E. seinerzeit einen richtigen Weg gegangen. Wir haben unsere Vorreiterrolle im Bereich der Umweltpolitik und der Chemiewirtschaft wahrgenommen. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland auf die Ereignisse in Bhopal (Giftgasexplosion, 1986), auf die Ereignisse bei Sandoz (Brand in der Chemiefabrik bei Basel, 1986) reagiert, die betroffenen Länder haben dies nicht getan. Aber wir sind dazu übergegangen, mit einer umfassenden, in sich geschlossenen konzeptionellen Chemiewirtschaft die Voraussetzungen zu schaffen, dass chemische Produktion in der Bundesrepublik Deutschland in gesicherter Form erfolgen kann. Die Störfallverordnung sei nur am Rande erwähnt.⁸

Aber nicht nur im Binnenbereich haben wir Hervorragendes geleistet, sondern wir haben uns in der Fraktion auch den großen internationalen Fragestellungen zugewandt. Ich erwähne das Montrealer Protokoll (1987/1989), die stufenweise Reduzierung des Verbrauchs von FCKW und Halonen, die drohende Zerstörung der Ozonschicht. Es war unser Umweltminister Klaus Töpfer, der hier als Motor der Entwicklung dafür gesorgt hat, dass wir dieses Problem in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich schneller angehen. Er hat unbeirrbar an dieser Zielsetzung festgehalten und deutlich gemacht, dieses Ziel – wenn man es will – auch zu erreichen, ohne dass wirtschaftliche Schäden auftreten. Das war eine grandiose Leistung und ein hervorragender Einstieg in den internationalen Umweltschutz.

Wir haben unsere Rolle im internationalen Umweltschutz auch in der Frage des Klimaschutzes zentral gesehen und gefestigt. Auch hierbei spielte Klaus Töpfer eine herausragende Rolle. In diesem Zusammenhang haben wir als Fraktion der Bundesregierung hervorragend zugearbeitet in der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ (11. Wahlperiode) und „Schutz der Erdatmosphäre“ (Fortsetzung in der 12. Wahlperiode), wo wir ein Spektrum von Maßnahmen und Aktivitäten aufgelistet haben, d. h. als Instrumentenkasten, der für die Bundesregierung durchaus in Frage gekommen ist. Es ist einer der Erfolgspunkte der damaligen Zeit, dass die Bundesregierung die Empfehlungen der Enquete-Kommission in wesentlichen Teilbereichen entschlossen aufgegriffen und umgesetzt hat.

Wir erreichten, dass wir sowohl in der Frage der Energieeinsparung, wie der Verbesserung der Energieeffizienz, wie in der Frage des Energiemixes und der Frage, wie muss Energiepolitik angelegt sein, um zum Klimaschutz beizutragen, konzeptionell in einer Art und Weise vorgearbeitet haben, dass wir

⁸ Störfall-Verordnung vom 9. Mai 1985, vom 20. September 1991 (= Neufassung der 12. VO zu BImSchG), BGBl 1991, I Nr. 54.

noch heute von den Ergebnissen, die damals erzielt worden sind, durchaus leben können. Der ganze Instrumentenmix, den wir seinerzeit abgearbeitet haben, ist heute noch nicht umgesetzt. Da bleiben noch Positionen, die damals vorgedacht wurden und die wir heute noch in Angriff nehmen könnten, so wie sie ehemals konzipiert waren.

Wir haben Erfolge erzielt, aber sicherlich auch Fehler gemacht. Da ist z. B. der Schutz der Tropenwälder. Wir hätten uns von vorne herein nicht nur dem Schutz der tropischen Regenwälder widmen sollen, um damit Ressentiments insbesondere bei den Entwicklungsländern zu wecken, die sagten: Warum werden ausgerechnet unsere tropischen Wälder herausgegriffen, warum geht man nicht an die Waldeinschläge in Kanada, in der Sowjetunion usw. Diese Ressentiments haben wir ausgeräumt, in dem wir später sagten, ein wesentlicher Beitrag ist der Schutz der Wälder generell, aber der Ansatzpunkt unter klimatischen Aspekten war natürlich, die Brandrodung – die einen wesentlichen Beitrag zur CO₂-Emission und damit zur Klimaproblematik geleistet hat – in den Griff zu bekommen. Wobei uns in der Fraktion im Laufe der Diskussion deutlich wurde, dass nicht die Frage der CO₂-Emissionen die eigentlich entscheidende ist, sondern entscheidend ist die Frage der Vernichtung von Arten, des ungeheueren Artenverlustes, der dadurch eintritt, dass man auf großen Flächen des tropischen Regenwalds den großen Artenreichtum vernichtet und damit Erbgut, das sich in Millionen Jahren angesammelt hat, unwiederbringlich zerstört.

Das war einer der Gründe, dass wir gesagt haben, wir müssen zu einer Bewusstseinsänderung auch unter dem Aspekt kommen, nicht nur Brandrodung wegen der CO₂-Emission, sondern auch Artenschutz als eine zentrale Frage zu behandeln. Wir erfuhren bis in die Spitze der Bundesregierung hinein – nicht nur durch Klaus Töpfer, sondern auch durch Bundeskanzler Helmut Kohl – eine Unterstützung, wie sie nach meinem Dafürhalten einmalig ist. Der Kanzler hat sich ausgesprochen intensiv der Diskussion um den Klimaschutz weltweit angenommen, und er hat sich in diese weltweite Diskussion führend eingeschaltet. Etwas, das wir in der derzeitigen Situation immer wieder vermissen. Wenn ich daran denke, wie er Brücken geschlagen hat nach Singapur, nach Brasilien, ins südliche Afrika, um bei diesen Völkern und Staaten um Verständnis zu werben für unsere Vorgehensweise im Klimaschutz, dann war das kongenial.

Nicht alles konnten wir durchsetzen. Unser großartiger Plan, den tropischen Regenwald zu schützen in einer Größenordnung von 20 Milliarden DM, war genial gedacht. Doch wurde das von einigen von uns in internen Diskussionen für nicht realistisch gehalten. Wir haben das Projekt dann umgewandelt in ein Crashprogramm zum Schutz der Regenwälder und es mit 500 Mio. DM dotiert. Das ist der größte Brocken, den wir jemals in der Bundesrepublik zum Schutze der tropischen Regenwälder beschlossen und umgesetzt haben.

Die eigentliche Problematik lag aber darin, dass wir zur Hilfe auch kongeniale Partner finden mussten, um mit unserem idealistischen Denken nicht gleichzeitig den Eindruck zu erwecken, andere bevormunden zu wollen. Dieses Projekt, das in Brasilien realisiert werden sollte, hat dort ganz erhebliche Widerstände gefunden, die über eine lange Zeitspanne hinweg erst einmal ausgeräumt werden mussten, damit das Programm in dem Umfang wirksam werden konnte, wie wir uns das vorgestellt haben.

Es hat darüber hinaus in einem breiten Bereich, insbesondere in den Jahren 1980 bis 1992, Initiativen zum Gewässerschutz gegeben: Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes, Novelle des Waschmittelgesetzes, Novelle des Abwasserabgabengesetzes.⁹ Hilfreich hierbei war zu der Zeit das Robbensterben an der Küste, das medienwirksam als Transportvehikel dazu diente, all diese Gesetze durchzusetzen, obgleich sich später herausstellte, dass es weniger an mehr Mitteleintrag oder an anderen Stoffen lag, die wir ins Wasser eingeleitet haben, sondern die Ursache ein schlichter Virus war; aber wir hatten die Gesetze durch, dank der Initiative unseres Umweltministers Klaus Töpfer. Das heißt also, man muss ggf. auch die Dinge, wenn sie sich so anbieten, nutzen, um etwas Vernünftiges daraus zu machen.

In dieser Zeit widerstanden wir der Versuchung, wie die Grünen Umweltpolitik über Angst zu gestalten. Wir suchten nicht den Schadstoff der Woche oder den des Monats, sondern wir sind durch systematische Arbeit an die Positionen herangegangen.

Ich will eine Position nicht vergessen, die nach meinem Dafürhalten beispielhaft ist. Dass wir mit der Wiedervereinigung unsere Vorstellungen vom Umweltweltschutz auf die ehemalige DDR übertragen haben und wir dort mit den gleichen Maßstäben an die gewaltigen Probleme herangegangen sind, ist meiner Meinung nach eine hervorragende Leistung. Wenn ich sehe, was wir im Kläranlagenbau in der ehemaligen DDR innerhalb kürzester Zeit geleistet haben, und daran denke, dass es europäische Staaten gibt, deren Hauptstädte heute noch nicht über entsprechende Kläranlagen verfügen, wie die, die wir in der DDR aus dem Boden gestampft haben, dann ist das ein ganz zentraler Aspekt. Wenn man sieht, wie die Leute im damaligen Chemiedreieck unter den Emissionen der Industrie gelitten haben, und wenn man sieht, mit welchem Umweltstandard heute in den neuen Bundesländern gearbeitet wird, selbst wenn es noch nicht den Industriebesatz gibt, wie ich ihn mir wünsche, aber es immer mehr und immer bessere Ansätze gibt – man denke nur an das BMW-Werk in Leipzig –, ferner, dass wir die Probleme der Altablagerung, Bodenverseuchung, Flammseen, Silberseen, auch die Frage des Uranerzbergbaus und alles andere weitgehend in den Griff bekommen haben, dann ist hier sicherlich

9 Wasserhaushaltsgesetz, Novelle vom 11. November 1996; Abwasserabgabengesetz.

eine ganze Menge im Zusammenhang mit der deutschen Einheit geleistet worden. Wenn wir heute sagen können, dass wir in den neuen Bundesländern vom Grunde her eine ökologisch vernünftige Situation haben und der ehemalige Grenzgürtel heute in besonderer Weise für den Naturschutz genutzt werden kann, ist dieses auch ein wesentlicher Erfolg der Union, den sie geschlossen erreicht hat.

Allmählich mussten wir feststellen, dass mehr und mehr Widerstände eintraten, da wir nach Ablauf einer gewissen Zeitspanne nach der Wiedervereinigung die Dinge wirtschaftlich nicht mehr so günstig zusammenbinden konnten wie vorher. Die Situation, dass die finanziellen Mittel nicht mehr im gleichen Maße flossen wie früher, hat natürlich die Widerstände gegen die Umweltpolitik verstärkt. Unsere Reaktion darauf, nicht nur mit dem klassischen Ordnungsrecht vorzugehen, sondern nach Lösungen zu suchen, wie wir mit flexiblen, marktwirtschaftlichen Instrumenten die Dinge bewerkstelligen könnten, war eine gute und passende Antwort.

Ich erinnere daran, dass wir seinerzeit über Emission trading noch in anderer Form gesprochen haben, Zertifikatslösung, dass wir aber insbesondere die Selbstverpflichtung als Instrument in der Bundesrepublik Deutschland zur Blüte gebracht haben. Es gab damals ca. 100 Selbstverpflichtungen zwischen Regierung und Wirtschaft, davon waren 99 erfolgreich. Wenn wir überall eine solche Trefferquote erzielt hätten, wären wir mehr als glücklich, auch wenn wir die Diskussion heute sehen. Trotzdem bin ich der Meinung, dass die Selbstverpflichtungen der entscheidende Faktor waren in der Frage der Reduktion von CO₂. Die Selbstverpflichtung, auch wenn sie heute nicht mehr bei dieser Regierung zentral im Mittelpunkt steht, ist ein Punkt, den wir weiter bei der Frage, wie wir Probleme lösen wollen, berücksichtigen müssen.

Wir haben deutlich gemacht, dass wir bei unseren Instrumenten nicht nur darauf setzen, die Menschen oder die Wirtschaft zu belasten, sondern auch über Anreize zu arbeiten und diese Anreize steuerlich genauso als Instrument zur Fortführung des Umweltschutzes nutzen, wie wir eben auch das Kooperationsprinzip benutzen, um in der Landwirtschaft nicht nur durch Auflagen, sondern auch durch Verträge mit Landwirten auf der einen Seite bäuerliche Landwirtschaft zu erhalten und auf der anderen Seite gleichzeitig Naturschutz zu realisieren. Und ich meine, dass es nach wie vor wesentlich besser ist, Naturschutz *mit* den Menschen als Naturschutz *gegen* die Menschen zu realisieren.

Wir haben damals flexible Instrumente wie Joint implementation im Bereich des Clean Development Mechanism in die Diskussion eingeführt, allerdings noch nicht umgesetzt. Das sind Positionen, die wir nach wie vor nutzen müssen, um zu Ergebnissen zu kommen, und das kann hilfreich sein, um in der Frage der CO₂-Reduktion global und weltweit weiterzukommen.

Abschließend möchte ich nur noch einige wenige Positionen sehr deutlich herausstellen. Es hat natürlich nicht immer völliges Einvernehmen gegeben. Ich habe schon erwähnt, dass es bei der Sommersmogverordnung konträre Standpunkte in der Fraktion gab, aber auch bei der Frage der regenerativen Energien hat es unterschiedliche Meinungen in der Fraktion, diesmal nicht zur Regierung, sondern zur Fraktionsführung gegeben. Wir wollten damals am Stromeinspeisungsgesetz festhalten, über die Fraktionsspitze ist dann die Frage des EEG (Erneuerbare Energien-Gesetz)¹⁰ hineingedrückt worden. Wir werden sehen müssen, wie wir in Zukunft mit diesem Bereich umgehen.

Wir haben darüber hinaus feststellen müssen, dass wir an bestimmten Positionen, an denen Helmut Kohl absolut festhielt, nicht vorbeikamen trotz – nach meinem Dafürhalten – besserer Argumente. Im Bereich Kohlesubvention erinnere ich mich daran, wie Gunnar Uldall¹¹ und ich mit dem Bundeskanzler diskutiert haben, der noch seinen damaligen Abteilungsleiter Johannes Ludwig bezog, was in der Sache nichts geändert hat, weil die Argumente für die Fortführung der Kohlesubvention auch durch gute Leute nicht stichhaltiger wurden. Aber die alte, durchaus emotionale Verbindung, die der Kanzler zur Kohle hatte – genauso wie die emotionale Verbindung des Kanzlers zur Landwirtschaft –, hat dazu geführt, dass diese Position nicht durchsetzbar war.

Wir haben diese Diskussion heute wieder in NRW. Wenn es dort möglicherweise zu einer Zusammenarbeit zwischen CDU und FDP kommt, und sich die Frage stellt, wie weit und in welchem zeitlichen Rahmen man die Probleme um die Subventionierung der Ruhrkohle lösen kann, dann kommen diese Argumente wieder hoch.

Ich habe außer Acht gelassen Positionen, wie das Abfallrecht,¹² bei dem wir sehr vieles erreicht haben, indem wir den Verwertungsgedanken, den Vermeidungsgedanken herausgestellt haben. Bei den Gesetzesentwürfen, z. B. beim Abfallwirtschaftsrecht, haben die Kollegen Kampeter und Friedrich die Regelungen noch einmal völlig neu durchformuliert.¹³

Wir haben darüber hinaus in vielen Bereichen klar und deutlich erkennen lassen, dass wir an einer zielorientierten Umweltschutzpolitik festhalten. Das tun wir auch jetzt in den Zeiten, bei denen die Gelder knapp sind, aber man kann mit den Positionen, wie ich sie angedeutet habe – flexible Instrumente

10 Stromeinspeisungsgesetz: Gesetz über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz (EEG) vom 7. Dezember 1990, BGBl 1990, I, S. 2633

11 Gunnar Uldall, MdB 1983–2001.

12 1986: Abfallgesetz; Juni 1991: Vermeidung von Verpackungsabfällen; Juli 1992: Neufassung der Klärschlammverordnung, Nutzung von Klärschlämmen zur Pflanzendüngung; Juni 1993: Technische Anleitung (TA) Siedlungsabfall; Oktober 1994: Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, das das Abfallgesetz von 1986 ersetzte.

13 Steffan Kampeter, MdB seit 1990; Dr. Gerhard Friedrich, MdB 1987–2002 (CSU).

auf der einen Seite, Anreize, insbesondere steuerliche Anreize auf der anderen Seite –, mehr Umweltschutz dort, wo es nach wie vor nötig ist, umsetzen.

Im Moment sehe ich eine zentrale Aufgabe darin, den Umweltschutz international voranzutreiben. Es ist uns gelungen, den Umweltschutz in der Bundesrepublik soweit voranzutreiben, dass eine direkte Bedrohungssituation nicht mehr gegeben ist, und das ist sicherlich auch ein Punkt, warum es in Teilen der Bevölkerung nachlassendes Interesse gibt. Wir müssen die Aspekte definieren, wo aus Vorsorgegründen nach wie vor gearbeitet werden muss, wo die Dinge noch erweitert werden müssen, aber ich glaube, dass wir im Binnenland den Umweltschutz im Griff haben.

Wir müssen nicht nur in den Industriestaaten, sondern auch mit den Schwellenländern jetzt weltweit die Diskussion führen, wie wir die globalen Umweltprobleme lösen. Das ist nicht nur der Schutz der Tropenwälder, das ist nicht nur die Frage des Artenschutzes oder der Wüstenausbreitung, das ist auch die Frage des Schutzes der Weltmeere und eine Reihe anderer Fragen mehr. Ich glaube aber, dass wir, wenn wir konsequent bei unserer Unionslinie bleiben und auch in Zukunft zwischen Regierung und Parlament eng zusammenarbeiten, diese Lösung schaffen können und auch schaffen werden.